





Mitschuld der Polizei noch unmöglich fliehen können, wie seiner Zeit ...

Die Vorgänge auf Kreta.

Aus Kreta lauten die Nachrichten noch immer sehr ernst. Nach einer Konstantinopeler Depesche aus Kreta vom 9. September ...

Nach einer Meldung aus Athen kündigte Admiral Vetto's die Einsetzung eines Exekutiv-Komitees an. Eine Untersuchung hat ergeben, daß die türkischen Soldaten auf die Engländer schossen.

Nach der „Agence Havas“ forderte der englische Admiral die Entwaffnung der muslimanischen Bevölkerung. Die griechische Regierung wandte sich telegraphisch an das christliche Exekutiv-Komitee ...

Wie die „Times“ aus Konstantinopel meldet, hat die Pforte erklärt, der kretische Zwischenfall sei die natürliche Folge des Verhaltens der Mächte, weil sie eine Verstärkung der türkischen Garnisonen verboten, sowie des willkürlichen Verfahrens der Admirale bei Eintreibung des Zehnten.

Die Krisis in Spanien

wird immer akuter. Der „Liberal“ glaubt, nach der voraussichtlich in der nächsten Woche erfolgenden Annahme des Gesetzes über die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle durch die Kammer werde das Ministerium Sagasta zurücktreten.

Der galizische Ausnahmezustand wird zu den wunderbarsten Polizeistücken benutzt. So wurde der Reichsrath sabgeordnete Zabuda, Mitglied der Sozialist-Partei, von der Bezirkshauptmannschaft Biala auf Grund des galizischen Ausnahmezustandes angewiesen, seinen Wohnort Zamora zu verlassen.

Danach hat es also die Polizei in der Hand, die galizischen Abgeordneten einfach vom Reichsrath fernzuhalten. Natürlich wird solches Schicksal nicht die edlen Schlachzigen, sondern nur ihre oppositionellen Widersacher ereilen.

Der Kapitalismus in Asien.

Die westliche Civilisation und der Industrialismus haben Japan vor mancherlei soziale und ökonomische Probleme gestellt, die in den japanischen Zeitungen eifrig diskutiert werden. Das englische Fachblatt „Engineering“ bemerkt diesbezüglich: „Wenn auch einzelne von diesen übertrieben, so läßt sich doch nicht leugnen, daß bei dem wachsenden Wohlstand des Landes sich einzelne große Vermögen bilden, während andererseits die Armut der niederen Klassen zunimmt.“

In Folge des Steigens der Arbeitslöhne sind die Preise der Lebensmittel und Gebrauchsgüter enorm gestiegen. Mehr als verdoppelt hat sich seit Januar 1897 der Preis für Kohlen, Salz, Eier, Del, Kupfer, Zinn, Eisen, Getreide, Holz, Reis, Mehl. Der Durchschnittspreis von vierzig angegebenen Artikeln stieg um 80 Prozent.

die man bei Betrachtung über die Zukunft Ostasiens nicht außer Acht lassen darf.

Japan liefert damit einen schlagenden Beweis, daß der Kapitalismus überall dieselben schlimmen Erscheinungen zeitigt.

Partei-Angelegenheiten.

Die preussischen Landtagswahlen. Genosse Döbel antwortet den Berliner Vertrauensleuten folgendes:

Die Erklärung der Vertrauensleute von Berlin, Teltow-Beslow und Nieder-Barnim hat den Vorzug, daß sie indirekt zugeht, daß die Vertreter jener Wahlkreise auf dem Hamburger Parteitag durch Zustimmung zum Amendement Mittag einen Beschluß zu Stande bringen helfen, den sie jetzt selbst als praktisch zwecklos betrachten.

Interessant ist aber auch das Eingeständniß, daß man sagt: „Soll der Hamburger Beschluß überhaupt einen Sinn haben, so kann es nur der sein, die Reaction zu schwächen.“

Uebenso hinfällig ist der „energische Protest“ in jener Erklärung, weil ich angeblich den Berliner Genossen empfohlen hätte, gegen den Hamburger Beschluß zu handeln.

Ich bin zu sehr überzeugt, daß die Mehrheit der Berliner Genossen in ihren Anschauungen über die hier vorliegende Frage zu verliert ist, als daß ich mich des undankbaren Geschäftes unterziehen sollte, ihnen noch Rathschläge zu ertheilen.

Ich bin mit dem Resultat dieser Erörterungen sehr zufrieden. (Ende der Schrift „Wahlkreise“ Heft 1.)

Arbeiterbewegung.

In Berlin sind die Lohnbestimmungen der Glacéhand- schuhmacher der Firma A. B. Fischel beilege.

Die Schiefer, Ziegel- und Pappdeckel- und Abfahrgüter in Dresden sind seit Anfang voriger Woche in den Streik eingetreten, da ihre Forderungen nicht bewilligt wurden.

Zum Klassenkampf in Magdeburg. Die Stimmung der Ausgesperrten ist eine vorzügliche. Der Arbeitgeberverband hatte seine Sperren auf die jüngst tagende Versammlung der Zimmerer gesetzt, von der „erwartet“ wurde, daß die Zimmerer die Arbeit wieder aufnehmen würden.

Endlich hat der Arbeitgeberverband sich zu einer öffentlichen Erklärung herbeigelassen. Es wird verkündet, daß dem Arbeitgeberverband in letzter Zeit wiederholt zu Ohren gekommen ist, daß „man“ in Arbeiterkreisen die Ansicht verbreitet, der Verband verhalte sich ablehnend gegen die Wahl der von dem Herrn Oberbürgermeister und den Vertretern der Arbeiter zugestandenen Kommission.

Die Buchdrucker in Basel traten in eine Bewegung ein für gänzliche Einführung des Neuaufbendtages und Erhöhung des Minimallohnes.

Der Glasarbeiterstand in Jümet (Belgien) ist beendet. Die Ausständigen erhalten eine Lohnerhöhung von 5 pCt.

Aus aller Welt.

Unter starken Vergiftungserscheinungen erkrankten in Sagen i. B. zwölf Kinder mehrerer Familien. Sie hatten in einem nahegelegenen Ausflugsorte bei einer goldenen Hochzeitsfeier schlechte Milch getrunken.

Ein gefährlicher Fischzug. In Kopenhagen zogen zwei Fischer letzten Donnerstag die Netze und förderten außer Fischen und Krabben auch eine gewaltige Bombe zu Tage.

Ein gefährlicher Fischzug. In Kopenhagen zogen zwei Fischer letzten Donnerstag die Netze und förderten außer Fischen und Krabben auch eine gewaltige Bombe zu Tage.

Die Flüsse Ebro, Guadaluquivir, Gubiana und Tago sind ohne Wasser; die Mühlen und Fabriken an ihren Ufern stehen still. Die Felder sind ausgebrannt und vergerbt. Selbst in San Sebastian, der Sommerfrische der Madrider, wo es sonst so kühl ist, herrscht eine unagbare Hitze.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 12. September 1898.

Parteigenossen!

Die Wahlen zum Landtage wie zur Stadtverordnetenversammlung sind

vor der Thür! Seid daher eingebend dessen, daß zum Wahlkampf wenn er ehrenvoll für unsere Partei ausgehen soll, Geld, noch mehr Geld, viel Geld erforderlich ist! Keiner ver- gesse des Wahlfonds!

Die Parteiversammlung, welche gestern Vormittag in Krostowsky's Lokal tagte, war gut besucht. Das Bureau wurde aus den Genossen K. A. D. M. A. und Hoffmann gebildet. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die russische Friedens- kundgebung — die neueste Phase der Dreijahresaffäre“ nahm darauf Genosse Julius Bruhn das Wort.

Im zweiten Theile seines Vortrags schildert Redner eingehend die jüngsten Ereignisse in Frankreich, wobei er zur näheren Illustration eine Reihe von interessanten Schriftstücken und Schilderungen aus der französischen Presse verliest.

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen 11/12stündigen Vortrag schloß sich eine Diskussion nicht. Zum dann folgenden zweiten Punkt: „Anträge zum Stuttgarter Parteitag“ stellt Genosse Bruhn folgenden Antrag:

- 1. Auf die Tagesordnung des Stuttgarter Parteitags als Punkt 5 zu setzen: „Die Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen“.
- 2. Zum Punkt „Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen“:

- a) Der letzte Satz des Hamburger Parteitagsbeschlusses, lautend: „Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden“ wird aufgehoben.
- b) Dem verbleibenden Theile des Hamburger Beschlusses wird hinzugefügt:

Die Parteigenossen der Wahlkreise, welche die Betheiligung beschließen, ist gestattet, die Wahl von Wahlmännern und Abgeordneten bürgerlicher Oppositionsparteien zu unterstützen, wenn die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind

- 1. ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtage alle Maßnahmen zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen;
- 2. ebensowohl auch einem socialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen zu geben.

Die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, für ihre Abmachungen mit anderen Parteien die Zustimmung des Parteivorstandes einzuholen.

Nach einer kurzen Begründung durch den Antragsteller wird der Antrag einstimmig angenommen.

Genosse K. A. D. M. A. beantragt, der Parteitag möge beschließen, die Vertrauensleute zc. zu veranlassen, bei der Herausgabe von Flugblättern zc. auch unseren Mitgliedern größere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Antrag wird nach kurzer Diskussion abgelehnt.

Der Parteitag möge beschließen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Agrarfrage und die Socialdemokratie.“

Damit ist der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt. Zum dritten Punkt: „Bescheidung des Parteitags“ erhebt sich zunächst eine angeregte Debatte über die Wahl der zu entsendenden Delegirten. Während die Genossen Bruhn, M. A. und Fabian für zwei Delegirte eintreten, empfehlen die Genossen K. A. D. M. A. und Heppner die Wahl eines Vertreters zum Parteitag. Die Abstimmung ergibt, daß die Mehrheit der Versammlung für nur einen Delegirten ist. Einstimmig wird dann Genosse Julius Bruhn als Delegirter der beiden Breslauer Wahlkreise zum Stuttgarter Parteitag gewählt.

Nach einem dreimaligen Hoch auf die Socialdemokratie wird darauf vom Bescheidenden Fabian die Versammlung geschlossen.

Das neue städtische Brausebad am Berliner Platz 7 wird Donnerstag, den 16. d. Mts., eröffnet. Die Benutzung desselben ist für Männer im Sommer auf die Zeit von 7—1 und 3—8 Uhr, für Frauen von 7—11 und 3—8 Uhr festgesetzt.

Wichtig für unsere Arbeiter ist folgende Entscheidung des Reichsversicherungsamtes: Der Arbeiter kann seinen Rad zu Boden und ihm erhebliche Verletzungen davon zu tun darüber in allen Fällen zu einer Klage wegen der

